



## **Resolution der Bundesdelegiertentagung des Deutschen Hebammenverbandes, Fulda 20. November 2009**

Die Unterzeichnerinnen dieser Resolution erwarten von den politisch Verantwortlichen des Gesundheitsministeriums die Schaffung gesetzlicher, finanzieller und organisatorischer Rahmenbedingungen, um eine Sicherstellung des Versorgungsauftrages vom Beginn des Lebens an zu garantieren.

### **Begründung:**

Die Arbeit der ca. 17 000 Hebammen erfährt in allen gesellschaftlichen Bereichen große Wertschätzung. In den gesundheitspolitischen Diskussionen ist die Bedeutung der „Frühen Hilfe“ unumstritten. Damit ist auch die Relevanz aufsuchender Arbeit durch Hebammen für Schwangere, Familien und Kinder ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Dies darf nicht darüber hinweg täuschen, dass es für Hebammen immer schwieriger wird ihre Existenz zu sichern.

Berechnungen haben ergeben, dass der durchschnittliche Stundenlohn einer freiberuflichen Hebamme derzeit bei 7.50 Euro liegt. Die Krankenkassen bieten eine Gebührenerhöhung von 1,54 %. Dieses Angebot ist der verantwortungsvollen Tätigkeit der Hebammen unangemessen und hält nicht Schritt mit den gestiegenen Ausgaben, wie z.B. für die Berufshaftpflichtversicherung und für Fortbildungen. Das sinkende Einkommen führt dazu, dass sich Hebammen aus der außerklinischen Geburtshilfe und Wochenbettbetreuung zurück ziehen. Vor allem in strukturschwachen Gegenden bedeutet dies, dass das Recht der Frauen auf die freie Wahl des Geburtsortes faktisch nicht mehr besteht. Hinzu kommt, dass gerade in diesen Gegenden durch Zentralisierungsmaßnahmen der Krankenhäuser geburtshilfliche Abteilungen geschlossen werden.

Eine Unterversorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum ist die Folge.

Die Situation der angestellten Hebammen in den Krankenhäusern ist nicht viel besser. Obwohl die Politik nach der Demonstration in Berlin durch das „Bündnis für Gesundheit“ im September 2008 ca. 80 000 Planstellen versprochen hat, sieht die Realität nach einem Jahr anders aus: Von den zugesagten Stellen hat ausschließlich die Pflege profitiert. Bei den Hebammen steigt die Arbeitsverdichtung in den Krankenhäusern nach wie vor parallel zu einem an Verantwortungslosigkeit grenzenden Personalabbau.

Durch diese Situation wird die Versorgungssicherheit für Frauen und Familien rund um Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett dramatisch gefährdet.

**Die Unterzeichnerinnen dieser Resolution fordern:**

- Die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Geburtshilfe und Hebammenhilfe vom Beginn der Schwangerschaft bis zum Ende der Stillzeit.
- Dass jede Frau ein Recht hat auf ungeteilte Aufmerksamkeit während der Geburt.
- Eine Anhebung der Gebühren und Gehälter auf ein Niveau, das der hohen Verantwortung gerecht wird und von dem Hebammen leben können.

Die Delegierten fordern zudem einen zeitnahen Gesprächstermin des Gesundheitsministers Dr. Philipp Rösler mit Vertreterinnen des Hebammenverbandes.

Fulda, den 20. November 2009